Mythos „Die Klimakrise erfordert verstärkt sicherheitspolitische Maßnahmen" (Jürgen Scheffran)

Sicherheitspolitische Akteure, auch die NATO und ihre Mitgliedstaaten, sehen im Klimawandel eine Bedrohung, die Auswirkungen auf zukünftige Militärplanungen habe.[1] Neben zahlreichen Studien und Analysen zur Klimasicherheit ist der Bericht „A Climate Security Plan for America" zu nennen, der am 24. September 2019 von 64 sicherheitspolitischen und militärischen Experten und Führungskräften der Climate and Security Advisory Group vorgestellt wurde. Darin wird der Präsident aufgefordert, den Klimawandel als Bedrohung nationaler Sicherheit anzuerkennen und dieser mit einer nationalen Strategie entgegenzuwirken.[2] Während Trump den Klimawandel offiziell ignoriert, werden im Pentagon Worst-case Szenarien klimabedingter Krisen und Konflikte durchgespielt.[3] Im Folgenden wird die sicherheitspolitische Klimadebatte einer kritischen Betrachtung unterworfen.

1) Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, menschlicher Sicherheit, sozialer Stabilität und Gewaltkonflikten sind komplex und widersprüchlich.

Um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern, legt das Pariser Klimaabkommen von 2015 fest, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Gelingt dies nicht, werden regional sehr unterschiedliche Beeinträchtigungen von Ökosystemen und lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser, Böden, Wäldern und Arten erwartet.[4] In betroffenen Regionen sind Risiken für menschliche Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität absehbar. Besonders dort wo bereits Probleme bestehen, haben sie ein hohes Potential, politische Akzeptanz und staatliche Autorität weiter zu untergraben, sowie Konflikte und die Vertreibung von Menschen zu verstärken. Neben regionalen Fallstudien, die das Konfliktpotenzial von Ressourcenknappheit und Umweltveränderungen qualitativ untersuchen, wurden zahlreiche quantitative, empirische Studien durchgeführt, die den Zusammenhang

[1] Nuccitelli, Dana (2017): NATO Joins the Pentagon in deeming climate change a threat multiplier. Bulletin of the Atomic Scientists, May 25, 2017, https://thebulletin.org/2017/05/nato-joins-the-pentagon-in-deeming-climate-change-a-threat-multiplier/ (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).
[2] Conger, John / Femia, Francesco / Werrell, Caitlin (Hrsg.) (2019): A Climate Security Plan for America: A Presidential Plan for Combating the Security Risks of Climate Change. The Climate and Security Advisory Group (September 2019), *https://climateandsecurity.org/climatesecurityplanforamerica (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).*
[3] Vgl. Klare, Michael (2019): All Hell Breaking Loose: The Pentagon's Perspective on Climate Change. New York: Metropolitan Books.
[4] Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2018): Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

zwischen klimatischen Bedingungen und Gewaltkonflikten mit statistischen Methoden analysieren. Während Daten für weit zurückliegende Zeiträume wie die Kleine Eiszeit signifikante Zusammenhänge zwischen Klimavariation und Gewaltkonflikten aufzeigen, sind die Ergebnisse für die jüngere Vergangenheit widersprüchlich. Obwohl die globale Mitteltemperatur weiter anstieg, hat die weltweite Zahl bewaffneter Konflikte nach Ende des Kalten Krieges deutlich abgenommen. Unklar ist, inwieweit die jüngst beobachtete starke Zunahme bewaffneter Konflikte auf den Klimawandel oder auf andere Phänomene wie die Krisen der Globalisierung zurückzuführen ist.

Einige empirische Studien finden Verknüpfungen zwischen Klimawandel und Konflikten, während andere Analysen ambivalente oder keine starken Verbindungen sehen.[5] Gewaltkonflikte werden vornehmlich in solchen Regionen durch Klimawandel verstärkt, die eine große Bevölkerungszunahme, einen geringen Entwicklungsstand, ein niedriges Wirtschaftswachstum, ein mittleres Niveau an Demokratie, ethno-politische Differenzen sowie politische Instabilität und Gewalt in unmittelbarer Nachbarschaft aufweisen. Sozio-ökonomische Treiber, Regierungsschwäche, soziale Ungleichheit und andere Faktoren haben oftmals einen stärkeren Einfluss auf Gewaltkonflikte als der Klimawandel. Mit der zukünftigen Erwärmung könnte das Konfliktrisiko deutlich ansteigen, aber durch entsprechende politische Anpassungsmaßnahmen auch eingedämmt werden.[6] Für extreme Szenarien von „Klimakriegen" und klimabedingter „Massenflucht" fehlen bislang hinreichende empirische Grundlagen.[7]

Eine überzogene Fokussierung auf die Klimabedrohung erlaubt es, die Verantwortung auf ein globales Problem zu schieben und andere Konfliktursachen oder Problemlösungen zu vernachlässigen. So lenkte die Darstellung, der Arabische Frühling sei maßgeblich durch Wetterextreme in anderen Teilen der Erde verursacht worden, von den Missständen in der arabischen Welt oder den Schattenseiten globalisierter Nahrungsmittelmärkte ab. Während der Darfurkonflikt ebenso wie der Syrienkonflikt mit Klimawandel als Antriebsfaktor in Verbindung gebracht wurden, ließen sich bereits vorhandene Konflikte, Rivalitäten und Gewaltstrukturen sowie verfehlte Politiken der Regierungen leichter ausblenden. Die Instrumentalisierung des Klimawandels für eigene Interessen gilt auch für Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten um die Ressourcen der Arktisregion, deren Ausbeutung durch die Erwärmung verstärkt wird.

---

[5] Siehe vergleichende Darstellungen in IPCC (2014): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability (Vol. 1, Chapter 12). Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge, U.K.: Cambridge University Press; Ide, Tobias et al. (2016): The climate-conflict nexus: pathways, regional links and case studies. In: Brauch, Hans Günter et al. (Hrsg.): Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace. Dordrecht: Springer, S. 285–304; Detges, Adrien (2017): Climate and Conflict: Reviewing the Statistical Evidence: A summary for policymakers. Climate Diplomacy Report, Berlin: adelphi; Scheffran, Jürgen / Link, Michael / Schilling, Janpeter (2019): Climate and Conflict in Africa. Oxford Research Encyclopedia of Climate Science, Oxford University Press. April 26, 2019, https://oxfordre.com/climatescience/view/10.1093/acrefore/9780190228620.001.0001/acrefore-9780190228620-e-557 (zuletzt abgerufen am 21.02.2020).

[6] Mach, Katherine J. et al. (2019): Climate as a risk factor for armed conflict. In: Nature 571, pp. 193–197.

[7] Zu den Mythen um die Klimamigration siehe: Boas, Ingrid, et al. (2019): Climate migration myths. In: Nature Climate Change 9, pp. 898–903.

Schließlich geht es nicht nur um einen Kausalzusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikten, sondern vor allem auch um die Frage, wer wie auf den Zusammenhang reagiert. Dabei sind zwei verschiedene Grundtendenzen zu unterscheiden: Stärkung der militärischen Kapazitäten für den Umgang mit erwarteten Konflikten auf der einen Seite und Ausbau der zivilen und kooperativen Konfliktbearbeitung und Prävention auf der anderen. Beide Strategien führen zu widersprüchlichen Ergebnissen.

2) Der Klimawandel wird zunehmend Gegenstand der Sicherheitspolitik, um auf damit verbundene Risiken und Herausforderungen zu antworten.

Seit 2007 häufen sich Berichte über erwartete Sicherheitsrisiken durch die globale Erwärmung und kritische Analysen einer Versicherheitlichung des Klimawandels. Das Spektrum der Vorschläge reicht von einer mehr umweltpolitischen Ursachenvermeidung durch Senkung der Treibausgasemissionen bis zu einer mehr sicherheitspolitischen nachträglichen Bekämpfung der Klimafolgen. Nach einer Studie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen können die zunehmenden Folgen des Klimawandels bei Überschreiten kritischer Schwellwerte die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern und Konfliktlinien in der Welt verstärken.[8] 2007 und 2011 diskutierte der UNO-Sicherheitsrat auf Initiative Großbritanniens und Deutschlands die Sicherheitsrisiken des Klimawandels. Während OECD-Staaten und kleine Inselstaaten im Klimawandel eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit sahen, lehnten Russland, China und viele G77-Staaten ein Mandat des Sicherheitsrates für den Klimawandel ab. Die Berliner Konferenz zu Klima und Sicherheit am 4. Juni 2019 im Auswärtigen Amt erarbeitete verschiedene Vorschläge zur Klimaprävention und -anpassung für den Sicherheitsrat, darunter eine risikoorientierte Vorausschau und Planung, bessere Handlungsfähigkeiten in betroffenen Regionen sowie eine Implementierung von nachhaltiger Entwicklung, Sicherheit und Friedenskonsolidierung im Einklang mit Klimaschutz und -anpassungmaßnahmen in allen Programmen der Vereinten Nationen.[9] Das Pentagon sah in seiner 2014 vorgelegten Anpassungsstrategie im Klimawandel einen Bedrohungs-Multiplikator, der Nahrungs- und Wassermangel, pandemische Erkrankungen, die Zerstörung durch Naturkatastrophen sowie Dispute über Flüchtlinge und Ressourcen verbindet.[10] Der frühere US-Verteidigungsminister Mattis kündigte 2017 an, die „Auswirkungen des Klimawandels auf Bedrohungseinschätzungen, Ressourcen und Einsatzbereitschaft" in die Planungen des

[8] Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin: Springer.
[9] Siehe Homepage der Berlin Climate and Security Conference: https://berlin-climate-security-conference.de.
[10] Department of Defense (2014): 2014 Climate Change Adaptation Roadmap. June 2014, https://www.acq.osd.mil/eie/Downloads/CCARprint_wForward_e.pdf (zuletzt abgerufen am 21.02.2020).

Pentagon einzubeziehen.[11] Anlässlich der Veröffentlichung des 2015 für die G7 verfassten Berichts „A New Climate for Peace"[12] bezeichnete der damalige US-Außenminister John Kerry den Klimawandel als „eine ernste Bedrohung für die globale Sicherheit" und begrüßte die Empfehlungen. Die Planetary Security Initiative präsentierte eine Vielzahl von Vorschlägen und Aktivitäten, die den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung behandeln.[13] Schon 2009 gründete sich der Global Military Advisory Council on Climate Change (GMACCC), in dem ehemalige Militärs Vorschläge zur Begrenzung des Klimawandels und seiner Folgen machen.[14]

3) Sicherheitspolitische Maßnahmen gegen Klimawandel beschränken sich bislang vor allem auf Stellungnahmen, Folgenabschätzung, Notfallhilfe, Katastrophen- und Klimaschutz.

Die Bewältigung von Wetter- und Klimarisiken durch Sicherheitskräfte konzentriert sich bislang auf Maßnahmen der „soft security". Hierzu gehört die Kontrolle von Grenzen oder Nationalparks, Katastrophen- und Küstenschutz, humanitäre Operationen und die Rettung gefährdeter Menschen unter Einsatz militärischer Hilfsmittel und Technologien (Schiffe, Flugzeuge, Drohnen, Aufklärungs- und Kommunikationssysteme).[15] Beispiele sind die Notfallhilfe durch militärische Einrichtungen nach dem Taifun auf den Philippinen im November 2013, während der Elbeflut im Mai/Juni 2013 oder bei den Waldbränden in Australien Ende 2019. Solche Aktivitäten gehören nicht zum militärischen Kerngeschäft und könnten mit entsprechenden Ressourcen auch von der Polizei und anderen zivilen Einheiten bereitgestellt werden. Sie tragen unter Umständen auch dazu bei, den Anteil des Militärs an der Klimakrise aus dem Blick zu verlieren oder ihn bereitwilliger zu akzeptieren.

Militärische Einrichtungen sind nicht gefeit gegen klimabedingte Wetterextreme wie Stürme und Überschwemmungen, Meeresspiegelanstieg, Dürren und Waldbrände. Gefährdet sind Truppen, Waffensysteme und Infrastrukturen in betroffenen Gebieten, z.B. Chemie-, Nuklear- und Raketenanlagen, Küstenstrukturen und Munitionsstandorte, wodurch militärische Kosten und Risiken zunehmen. Beispiele betreffen die Gefährdung militärischer Anlagen mit radioaktiven Stoffen, etwa durch die Waldbrände in Kalifornien 2018 oder durch den Meeresspiegelanstieg beim undichten „Atomsarg" auf den Marshallinseln. In Deutschland wurde das Gefahrenpotenzial militärischer Liegenschaften

[11] Anhörung von US-Verteidigungsminister James Mattis im Senate Armed Services Committee am 14. März 2017. Siehe Werrell, Caitlin / Femia, Francesco (2017): Secretary Mattis Clear-Eyed on Climate Security Risks. In: The Center for Climate and Security, https://climateandsecurity.org/2017/03/14/secretary-mattis-clear-eyed-on-climate-security-risks (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).
[12] Rüttinger, Lukas et al. (2015): A New Climate for Peace. adelphi, International Alert, Woodrow Wilson International Center for Scholars, European Union Institute for Security Studies.
[13] Siehe Planetary Security Initiative: https://www.planetarysecurityinitiative.org.
[14] Siehe Global Military Advisory Council on Climate Change: https://gmaccc.org.
[15] Brzoska, Michael (2015): Climate change and military planning. In: International Journal of Climate Change Strategies and Management 7 (2), pp. 172-190.

erkennbar beim Moorbrand nach einem Raketentest der Bundeswehr bei Meppen im September 2018 oder beim Waldbrand auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz bei Lübtheen im Sommer 2019.

In einigen Ländern stellt sich das Militär auf neue Aufgaben, veränderte Einsatzpraktiken und Nachschubprobleme unter den Bedingungen des Klimawandels ein,[16] wobei die Risikovermeidung, -vorbeugung und -minderung auch im militärischen Sektor häufig im Vordergrund steht. Eine geringere Bedeutung haben Abrüstung und Konversion, Ressourcen- und Emissionsminderung sowie die Verwendung umweltfreundlicher Technologien, bessere Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien, um ökologische Schäden durch das Militär zu verringern. Noch unausgeschöpft ist das Innovationspotential der Entwicklung fortgeschrittener Technologien, die im zivilen und militärischen Sektor gegenseitige spill-over-Effekte für nachhaltigen Klimaschutz bringen. In der europäischen Rüstungs- und Sicherheitspolitik wie auch in der Bundeswehr ist Nachhaltigkeit noch wenig verankert. Zunehmend wird die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen erkannt, insbesondere an Küsten gegenüber Stürmen und Meeresspiegelanstieg.[17] Bislang fehlen langfristige Strategien und Infrastruktur-Planungen, die über militärische Funktions-optimierung hinausgehen.

4) Mit fortschreitendem Klimawandel wächst das Risiko von Gewaltkonflikten und militärischen Reaktionen, die zur Verstärkung der Klimakrise beitragen.

Wenn es nicht gelingt, den Klimawandel durch Emissionsminderung und Anpassung einzudämmen, können sich die Folgen in besonders verwundbaren und fragilen Brennpunkten mit gesellschaftlichen Problemen wie Armut, Hunger, Flucht und Gewalt zu komplexen Konfliktkonstellationen (compound risks) verbinden.[18] Zudem sind bei Überschreiten einer kritischen Temperaturschwelle Verstärkereffekte durch Kippelemente möglich, die den Klimawandel beschleunigen und über komplexe Wirkungsketten das gesamte Klimasystem destabilisieren können. Hierzu gehören auftauende Permafrostböden, schrumpfende Gletscher, steigende Meeresspiegel, ein schwächerer

[16] Verschiedene Beispiele finden sich auf der Website des The Center for Climate and Security, https://climateandsecurity.org/, *darunter* der eingangs genannte Bericht*, der Maßnahmen in vier Bereichen vorschlägt:* 1. Demonstrating Leadership; 2. Assessing Climate Risks; 3. Supporting Allies and Partners; 4. Preparing for and Preventing Climate Risks. Zum letzten Punkt siehe: Werrell, Caitlin / Femia, Francesco (2019): The Responsibility to Prepare and Prevent: A Climate Security Governance Framework for the 21st Century. October 2019, Council on Strategic Risks, The Center for Climate & Security.

[17] Tucker, Margaret / Herrera, G. James (2019): Military Installations and Sea-Level Rise. Congressional Research Service, IFI 1275, July 26, 2019, https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11275 (zuletzt abgerufen am 21.02.2020).

[18] Scheffran, Jürgen (2016): Klimawandel als Risikoverstärker in komplexen Systemen. In: Brasseur, Guy / Jacob, Daniela / Schuck-Zöller, Susanne (Hrsg.): Klimawandel in Deutschland. Heidelberg: Springer, S. 287-294.

Nordatlantikstrom oder geänderte Monsunmuster.[19] Schon die Antizipation einer eskalierenden Klimabedrohung könnte militärische Reaktionen provozieren, die Klimakriege und Klimaflucht zu einer selbst erfüllenden Prophezeiung machen. Es wächst die Gefahr, dass zur Durchsetzung eigener Interessen auf militärische Gewaltmittel, Aufrüstung und Interventionen zurückgegriffen und die Bereitschaft erhöht wird, auf Technologien der Kernenergie oder des Geoengineering zu setzen, die selbst wiederum Sicherheitsrisiken in sich bergen. In diesem Fall wirkt die Versicherheitlichung und Militarisierung der Klimapolitik als Krisenverstärker, der kooperative Mechanismen und institutionelle Strukturen schwächt, die auf Vorbeugung und Vermeidung zielen, wie sie etwa eine Energiewende, Verkehrswende oder Agrarwende beinhalten. Hier sind militärische Strategien und Planungen wenig zielführend.

5) Gewalt, Aufrüstung und militärische Interventionen gegen die Klimakrise sind kontraproduktiv, mit Umweltschäden und Emissionen verbunden und beanspruchen erhebliche Mittel und Ressourcen, die der Klimapolitik fehlen.

Die Klimakrise mit militärischen Mitteln der Sicherheitspolitik zu bekämpfen, steht im Widerspruch zu den Aufgaben einer erfolgreichen Klimapolitik. Während militärische Interessensicherung nun ausgerechnet von jenen Staaten erfolgen soll bzw. propagiert wird, die den größten Anteil am Klimawandel haben, werden Staaten, die die Folgen des Klimawandels am stärksten zu spüren bekommen und kaum zu ihm beigetragen haben, nun zu potenziellen Adressaten dieser militärischen Handlungen. Entgegen der tatsächlichen Verursachung der Probleme, sehen sich die Täter nunmehr selbst als Opfer, während die eigentlichen Opfer zu vermeintlichen Tätern werden. Zudem wären militärische Mittel weder friedens- noch umweltverträglich, denn Gewalt, Rüstung und Krieg verbrauchen große Mengen natürlicher Ressourcen (Luft, Wasser, Boden, Land, Wälder und Ozeane) und belasten öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen (z.B. Energie, Gesundheit, Abwasser, Abfälle), ökologische Systeme und den Erhalt von Wildtieren und Lebensräumen durch Schadstoffe und Umweltzerstörung.[20] Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Hoffnungen auf Abrüstung und Rüstungskonversion für den Umweltschutz nicht erfüllt. Stattdessen stiegen die Militärausgaben wieder, zu Lasten von mehr Umweltschutz, Emissionsminderung, nachhaltigem Ressourcen-management, Schutz der Biodiversität und Verringerung von Schadstoffen. In einer engeren und volleren Welt wird die hohe Ressourcenintensität und Umweltbelastung durch Aufrüstung und Gewaltkonflikte zunehmend zum Problem. Weltweit verbraucht das Militär große Mengen fossiler Brennstoffe und setzt beträchtliche Mengen an Treibhausgasen frei, die zum

[19] Steffen, Will et al. (2018): Trajectories of the Earth System in the Anthropocene. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 115 (33), pp. 8252–8259.
[20] Scheffran, Jürgen (2019): Verbrannte Erde: Militär als Verursacher von Umweltschäden und Klimawandel. In: Friedensforum 01/2019, S. 32-44.

Klimawandel beitragen. Allein das US-Militär emittiert mehr CO_2 als die große Mehrheit der Staaten in der Welt.[21] Bislang gibt es kaum Fortschritte bei Emissionsminderungen im Militärsektor, Militärfahrzeuge sind oft ineffizient, kohlenstoffintensiv und umweltschädlich. Militär und Rüstungsunternehmen sind in hohem Maße ölabhängig, was bewaffneten Interventionen zur Sicherung vom Öl- und Erdgasversorgung, von Tankerrouten oder Pipelines Vorschub leistet.

Neben der Zahl der Konflikte sind in den letzten Jahren weltweit die Militärausgaben gestiegen, auf mehr als 1,8 Billionen US-Dollar. Das NATO-Ziel der Militärausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht in Deutschland mehr als einer Verdoppelung gegenüber 2018. Solche Finanzmittel fehlen zur Lösung der Klimakrise durch erneuerbare Energien, Emissionssenkung und Umweltschutz. Während die Bundesregierung die Rüstungsziele von 1,5 bis 2 Prozent des BIP verfolgt, droht sie die Klimaziele von 1,5 bis 2 Grad zu verpassen, wie die Kritik am Klimapaket zeigt. Statt Klimakonflikte zu vermeiden, würden wachsende Rüstungsausgaben diese eher wahrscheinlicher machen.

6) Vorbeugende Klimapolitik und nachhaltige Friedenssicherung können sich im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation verstärken.

Eine nicht-nachhaltige Entwicklung und das Versagen der Klimapolitik befördern eine reaktive Gefahrenbekämpfung, die Krisen, Konflikte und ein "Klima der Gewalt" anheizen, die die politische Stabilität untergraben. Umgekehrt stehen Gewalt und Krieg einer nachhaltigen Entwicklung im Wege. So besteht die Gefahr, dass sich Umweltzerstörung, Unterentwicklung und Gewalt aufschaukeln und die Welt in ein selbst verstärkendes Negativszenario abdriftet. Eine Alternative sind präventive und antizipative Strategien eines gerechten und nachhaltigen Friedens, die auf Kooperation und Konfliktlösung setzen, die Verwundbarkeit gegenüber dem Umwelt- und Klimawandel verringern und seinen menschengemachten Anteil abbauen, Entwicklungsdefizite beseitigen und umweltverträgliches Wirtschaften fördern, die Anpassungsfähigkeit und Resilienz gegenüber Wetterextremen stärken sowie Verteilungskonflikte und Flüchtlingsbewegungen in regionalen Brennpunkten (hot spots) verhindern.[22] Demilitarisierung, Abrüstung, Kriegsvermeidung und Stärkung politischer Institutionen sind nicht nur wichtige Beiträge für eine zivilisierte Sicherheitspolitik, sondern auch für Umwelt- und Klimaschutz, die

[21] Belcher, Oliver et al. (2019): Hidden Carbon Costs of the "Everywhere War": Logistics, Geopolitical Ecology, and the Carbon Boot-Print of the US Military. In: Transactions of the Institute of British Geographers (online early view), https://doi.org/10.1111/tran.12319.

[22] Brauch, Hans-Günther et al. (Hg.) (2016): Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace. Dordrecht: Springer; Becker, Ralf / Maaß, Stefan / Schneider-Harpprecht, Christoph (Hrsg.) (2019): Sicherheit neu denken - Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Karlsruhe: Evangelische Landeskirche in Baden.

wiederum einen Beitrag zur Friedensbildung (environmental peacebuilding) leisten können.[23]

Für eine positive Kopplung von Nachhaltigkeit, Entwicklung und Frieden bedarf es gemeinsamer Mittel und kooperativer Strukturen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, um das ökonomische Gefälle abzubauen, die Partizipations- und Verteilungsgerechtigkeit zu erhöhen und die Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz zu intensivieren. Dazu sind geeignete Governance-Strukturen, Institutionen und Konfliktregelungsmechanismen erforderlich – aber auch der politische Wille, den Problemkomplex entschieden anzugehen

Die Frage ist: Wie kann die Transformation von der konfliktträchtigen fossilen zu einer friedlicheren und nachhaltigeren kohlenstoffarmen Energieversorgung und Landwirtschaft geschafft werden, ohne dadurch neue Umweltbelastungen und Konfliktfelder zu eröffnen, wie etwa Landnutzungskonflikte bei der Einführung erneuerbarer Energien? Dazu dient ein umfassendes Bündel von Maßnahmen, die auf Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, finanzielle Förderung erneuerbarer Energien, Einhaltung natürlicher und sozialer Leitplanken, Gerechtigkeit und Kooperation, Konfliktabbau und Friedensbildung, Dialog und Partizipation, Abrüstung und Entmilitarisierung zielen. Voraussetzung ist, dass die Grundbedürfnisse für alle Menschen und die materielle Basis nachhaltiger Friedenssicherung gewährleistet sind, um Mensch und Umwelt zu schonen.

Fazit

Zunehmender Klimawandel gefährdet menschliche Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität. Dies schafft Herausforderungen für die Sicherheitspolitik, die mit „sanften" friedensbildenden Maßnahmen zur Vermeidung von Klimarisiken beitragen kann. Je mehr die globale Erwärmung als direkte Bedrohung nationaler Sicherheit wahrgenommen wird, umso wahrscheinlicher wird der Einsatz militärischer Gewalt, wodurch Klimakrise und Klimakonflikte sich gegenseitig verstärken können. Um einen solchen Teufelskreis zu vermeiden, ist es wichtig, frühzeitig positive Verbindungen zwischen einer vorbeugenden zivilen Klimapolitik und einer nachhaltigen Friedenssicherung im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln. Dabei wäre darauf zu achten, dass die zivile Konfliktbearbeitung nicht im Sinne erweiterter Sicherheit zur Legitimation der militärischen dient, sondern dass es einen echten Vorrang für zivile Lösungen gibt, die darauf abzielen, nicht auf- sondern abzurüsten.

[23] Ide, Tobias (2018): Does Environmental Peacemaking between States Work? Insights on Cooperative Environmental Agreements and Reconciliation in International Rivalries. In: Journal of Peace Research 55(3), pp. 351-365; Hardt, Judith Nora / Scheffran, Jürgen (2019): Environmental Peacebuilding and Climate Change: Peace and Conflict Studies at the Edge of Transformation. Policy Brief No. 68, December 2019, Toda Peace Institute.

Literaturhinweise

Becker, Ralf / Maaß, Stefan / Schneider-Harpprecht, Christoph (Hrsg.) (2019): Sicherheit neu denken - Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Karlsruhe: Evangelische Landeskirche in Baden.

Belcher, Oliver et al. (2019): Hidden Carbon Costs of the "Everywhere War": Logistics, Geopolitical Ecology, and the Carbon BFoot-Print of the US Military. In: Transactions of the Institute of British Geographers (online early view), https://doi.org/10.1111/tran.12319.

Boas, Ingrid, et al. (2019): Climate migration myths. In: Nature Climate Change 9, pp. 898–903.

Brauch, Hans-Günther et al. (Hg.) (2016): Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace. Dordrecht: Springer.

Brzoska, Michael (2015): Climate change and military planning. In: International Journal of Climate Change Strategies and Management 7 (2), pp. 172-190.

Conger, John / Femia, Francesco / Werrell, Caitlin (Hrsg.) (2019): A Climate Security Plan for America: A Presidential Plan for Combating the Security Risks of Climate Change. The Climate and Security Advisory Group (September 2019), https://climateandsecurity.org/climatesecurityplanforamerica (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

Detges, Adrien (2017): Climate and Conflict: Reviewing the Statistical Evidence: A summary for policymakers. Climate Diplomacy Report, Berlin: adelphi.

Department of Defense (2014): 2014 Climate Change Adaptation Roadmap. June 2014, https://www.acq.osd.mil/eie/Downloads/CCARprint_wForward_e.pdf. (zuletzt abgerufen am 21.02.2020).

Hardt, Judith Nora / Scheffran, Jürgen (2019): Environmental Peacebuilding and Climate Change: Peace and Conflict Studies at the Edge of Transformation. Policy Brief No. 68, December 2019, Toda Peace Institute.

Ide, Tobias et al. (2016): The climate-conflict nexus: pathways, regional links and case studies. In: Brauch, Hans Günter et al. (Hrsg.): Handbook on Sustainability Transition and Sustainable Peace. Dordrecht: Springer, S. 285–304.

Ide, Tobias (2018): Does Environmental Peacemaking between States Work? Insights on Cooperative Environmental Agreements and Reconciliation in International Rivalries. In: Journal of Peace Research 55 (3), pp. 351-365.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability (Vol. 1, Chapter 12). Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge, U.K.: Cambridge University Press.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2018): Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

Klare, Michael (2019): All Hell Breaking Loose: The Pentagon's Perspective on Climate Change. New York: Metropolitan Books.

Mach, Katherine J. et al. (2019): Climate as a risk factor for armed conflict. In: Nature 571, pp. 193–197.

Nuccitelli, Dana (2017): NATO Joins the Pentagon in deeming climate change a threat multiplier. Bulletin of the Atomic Scientists, May 25, 2017, https://thebulletin.org/2017/05/nato-joins-the-pentagon-in-deeming-climate-change-a-threat-multiplier/ (zuletzt abgerufen am 21.01.2020).

Rüttinger, Lukas et al. (2015): A New Climate for Peace. adelphi, International Alert, Woodrow Wilson International Center for Scholars, European Union Institute for Security Studies.

Scheffran, Jürgen (2016): Klimawandel als Risikoverstärker in komplexen Systemen. In: Brasseur, Guy / Jacob, Daniela / Schuck-Zöller, Susanne (Hrsg.): Klimawandel in Deutschland. Heidelberg: Springer, S. 287-294.

Scheffran, Jürgen (2019): Verbrannte Erde: Militär als Verursacher von Umweltschäden und Klimawandel. In: Friedensforum 01/2019, S. 32-44.

Scheffran, Jürgen / Link, Michael / Schilling, Janpeter (2019): Climate and Conflict in Africa. Oxford Research Encyclopedia of Climate Science, Oxford University Press. 26 April 2019, https://oxfordre.com/climatescience/view/10.1093/acrefore/9780190228620.001.0001/acrefore-9780190228620-e-557 (zuletzt abgerufen am 21.02.2020).

Steffen, Will et al. (2018): Trajectories of the Earth System in the Anthropocene. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 115 (33), pp. 8252–8259.

Tucker, Margaret / Herrera, G. James (2019): Military Installations and Sea-Level Rise. Congressional Research Service, IFI 1275, July 26, 2019, https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11275 (zuletzt abgerufen am 21.02.2020).

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2007): Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin: Springer.